

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4140

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4140



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Argumentarium Referendum Stromfresser-Gesetz

Energie-Krise verschärfen?
NEIN zum **Stromfresser-Gesetz!**

Jetzt
Referendum
unterschreiben!

Mehr Infos auf: www.energiekrise-nein.ch

Obwohl wir heute schon zu wenig und viel zu teuren Strom haben, will das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz Heizöl, Gas, Diesel und Benzin als Energieträger verbieten. Heizen und Auto fahren wären nur noch elektrisch möglich. Das heisst massiv mehr Strombedarf und mehr Kosten! Die Landschaft wird mit Solarpanels und Windkraftturbinen zugepflastert. Trotzdem wird die Versorgung mit genügend Strom im Winter bei weitem nicht reichen.

- ▶ **Noch weniger Strom:** Das neue gefährliche Klimaschutz-Gesetz ist in Wahrheit ein «Stromfresser-Gesetz». Heizöl, Benzin, Diesel und Gas sollen verboten werden. Das Resultat: Der Stromverbrauch steigt massiv. Denn Heizen und Auto fahren wären nur noch elektrisch möglich. Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben!
- ▶ **Explodierende Strompreise:** Das neue gefährliche Klimaschutz-Gesetz vervielfacht den Stromverbrauch bis 2050. Die Preise explodieren angesichts der steigenden Nachfrage und der künstlichen Verknappung weiter. Genügend Strom wird zum Luxus für Reiche! Die Folgen: Die Industrie muss ihre Produktion ins Ausland verlegen. Das heisst Arbeitslosigkeit, Verarmung und soziale Unruhen.

- ▶ **Ausstieg ohne Plan:** Mitte-Links will bis 2050 die fossilen Energieträger Heizöl, Benzin, Diesel und Gas verbieten, um «Netto Null» zu erreichen. Ohne einen Plan zu haben, wie gleichzeitig genügend bezahlbarer und unabhängiger Strom für uns alle produziert werden kann.
- ▶ **347 Milliarden Kosten:** Der geplante Umbau der Energieversorgung führt zu geschätzten Kosten von 347 Milliarden Franken – mindestens! Bezahlen müssen die Hausbesitzer und Mieter, die Auto-, Lastwagen- und Töff-Fahrer, die Familien, Gewerbler – kurz wir alle! Die verantwortungslosen Utopien von Mitte-Links kosten Hunderte Milliarden – auch dann noch, wenn die verantwortlichen Politiker längst nicht mehr im Amt sind!
- ▶ **Umerziehungsmassnahmen:** Das neue gefährliche Klimaschutz-Gesetz ermöglicht extremste Massnahmen ohne Mitbestimmungsrecht: Verbot von Flugreisen, Einschränkungen des Fleischkonsums, Verbot von Öl- und Gasheizungen, Verbot von Diesel- und Benzinfahrzeugen und Zwang zum teuren Einbau von Solaranlagen.
- ▶ **Undemokratische Vollmachten:** Zusätzlich kann der Bundesrat mit dem neuen gefährlichen Klimaschutz-Gesetz im Alleingang Vorschriften zum Erreichen von «2050 Netto Null» erlassen. Zum Beispiel Vorschriften für die Dämmung von Fassaden und Dächern alter Häuser oder Zwangsverordnungen für die Ausrüstung aller Hausdächer mit Solaranlagen. Oder das Verbot von Diesel- und Benzin-Motoren. Damit wird der Föderalismus ausgehebelt, die direkte Demokratie wird übergangen. **Wir alle haben nichts mehr zu sagen!**

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage	2
2. Das Stromfresser-Gesetz und seine Folgen	2
3. Sein Haus abreißen, bevor das neue Haus steht...?	3
4. Warum es ein Referendum gegen das Stromfresser-Gesetz braucht	5
5. Die Energiestrategie ist gescheitert!	9
6. Falsche Versprechen von Mitte-Links	9
7. Wie Bundesrätin Sommaruga den energiepolitischen Blindflug fortsetzt	11
8. Masslose Zuwanderung verschärft Stromkrise	12
9. Das Wichtigste in Kürze	14

1. Ausgangslage

Der energiepolitische Blindflug geht weiter! Obwohl wir heute schon zu wenig und viel zu teuren Strom haben, wollen Mitte-Links noch zusätzlich Heizöl, Benzin, Diesel und Gas als Energieträger verbieten.

Das ist der Inhalt des sogenannten «Klimaschutz-Gesetzes», das die Mitte-Links-Mehrheit in National- und Ständerat in der Herbstsession 2022 gegen den Willen der SVP beschlossen hat. Bundesrat und Parlament wollten dieses gefährliche Gesetz an der Bevölkerung vorbeismuggeln. Damit ihnen das gelingt, haben sie dem gefährlichen Gesetz den verharmlosenden und völlig irreführenden Namen «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» gegeben. Das Gegenteil ist wahr: Dieses Gesetz verschärft die aktuelle Energie- und Stromkrise massiv und bringt Hunderte Milliarden an Mehrkosten. Dagegen hat die SVP das Referendum ergriffen: Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen das letzte Wort haben. **Denn sie müssen am Ende die Rechnung bezahlen für diesen teuren und gefährlichen Blindflug.**

2. Das Stromfresser-Gesetz und seine Folgen

Artikel 1 des Bundesgesetzes zum Klimaschutz beschreibt den Zweck: «Der Bund sorgt dafür, dass die Wirkung der von Menschen verursachten und in der Schweiz anfallenden Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 Null beträgt (Netto-Null-Ziel).»¹

Mit anderen Worten: Es geht um eine massive und radikale Reduktion des CO₂-Ausstosses. Dies führt zwangsläufig zu einem Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin sowie zu einer drastischen Umerziehung der Menschen in der Schweiz.

Da es keine oder nicht ausreichende Alternativen gibt, wären Heizen und Autofahren faktisch nur noch elektrisch möglich. Das heisst massiv mehr Strombedarf und gewaltig mehr Kosten! Unsere schöne Landschaft wird mit riesigen Solarpanels und Windrädern verschandelt. Trotzdem werden wir im Winter viel zu wenig Strom haben. **Denn selbst wenn wir die ganze Schweiz mit Photovoltaik-Anlagen zupflastern: Solarstrom bleibt Flatterstrom, den man kaum speichern kann.** In der Nacht und bei schlechtem Wetter scheint die Sonne nicht und dann wird auch kein Strom produziert. Gerade in den Wintermonaten, wo die Nächte lang und der Nebel zäh ist, gibt es viel zu wenig und zu unregelmässigen Solarstrom. Solange man nicht ausreichend Strom speichern kann, sind wir weit davon entfernt, mit Sonnen- und Windenergie unseren Strombedarf zu decken. Die Bandenergie, also der Grundbedarf an Strom, der jeden Tag rund um die Uhr verbraucht wird, fehlt nach wie vor.

Das sogenannte «Klimaschutz-Gesetz» ist in Wahrheit ein Stromfresser-Gesetz!

¹ [BBl 2022 1537 - Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz \(KIG\) \(Entwurf\) \(admin.ch\)](#)

3. Sein Haus abreißen, bevor das neue Haus steht...?

Kein vernünftiger Mensch reißt sein bestehendes Haus ab, bevor das neue Haus fertig gebaut ist. Aber genauso handeln die Energiepolitiker der anderen Parteien: **Sie haben 2017 den kopflosen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen – ohne eine sichere und bezahlbare Strom-Alternative zu haben.** Die Folgen erleben wir heute: Uns geht der Strom aus und die Preise explodieren.

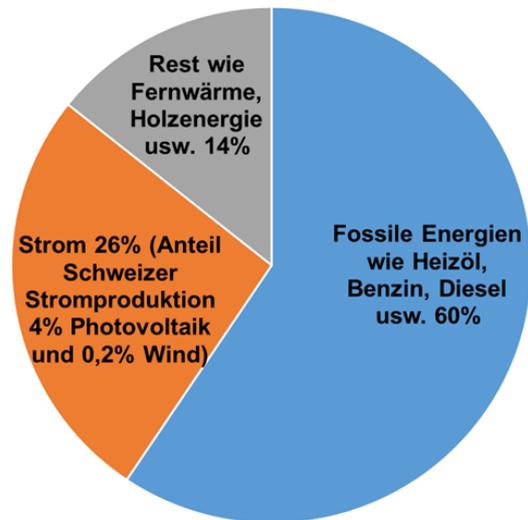
In dieser Krise wollen jetzt die gleichen Politiker zusätzlich den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wie Heizöl, Gas, Diesel und Benzin herbeizwingen. Wie soll das gehen? 59,3% des Schweizer Energieverbrauchs² stammen aus fossilen Energieträgern und wir haben heute schon zu wenig Strom. Wie sollen wir rund 60 Prozent unseres Energiebedarfs ersetzen, ohne dass unser Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit an die Wand gefahren werden?

Wie die folgende Darstellung zeigt, wird nur rund ein Viertel des schweizerischen Energiebedarfs durch Strom gedeckt. Ein Teil dieses Stroms muss heute schon importiert werden. Nur gerade 4% der einheimischen Stromproduktion wird durch Photovoltaik erzeugt. Diese Rechnung kann nicht aufgehen: **Mitte-Links will die Kernkraftwerke abstellen, die einen Drittel unseres Stroms produzieren.** Sie verhindern aus Umweltschutzgründen den Bau von Wasserkraftprojekten³. Sie lassen die masslose Zuwanderung zu, die den Strombedarf massiv erhöht. Sie zwingen die Elektrizitätswerke zu höheren Restwassermengen – was wiederum zu weniger Stromproduktion führt. Und nun sollen auch noch die fossilen Energieträger verboten werden.

² Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2021

³ Die dringend nötige Erhöhung der Grimsel-Staumauer um 23 Meter wird seit 2005 von Naturschutz-Gruppierungen blockiert: <https://www.20min.ch/story/neun-einsprachen-gegen-die-grimsel-staumauer-358715556734>

Endverbrauch nach Energieträger 2021



- Fossile Energien wie Heizöl, Benzin, Diesel usw. 60%
- Strom 26% (Anteil Schweizer Stromproduktion 4% Photovoltaik und 0,2% Wind)
- Rest wie Fernwärme, Holzenergie usw. 14%

Wie sollen wir rund 60 Prozent unseres Energiebedarfs ersetzen, ohne dass unser Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit an die Wand gefahren werden?

4. Warum es ein Referendum gegen das Stromfresser-Gesetz braucht

JA zum Referendum gegen das «Stromfresser-gesetz»

Das «Klima-Schutz-Gesetz» tönt sympathisch. Im Klartext verlangt dieses Stromfresser-Gesetz aber den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Das ist völlig unrealistisch. Rund 60% des heutigen Energieverbrauchs stammen aus fossilen Energieträgern. Jedes Benzinauto weniger, jede Öl-Heizung weniger, bedeutet mehr Stromverbrauch. Dabei haben wir jetzt schon explodierende Preise und Strom-Engpässe.

Kurz zusammengefasst: Solange nicht genügend Strom zu bezahlbaren Preisen produziert und gespeichert werden kann, fehlt es unserem Land massiv an genügend Winterstrom.

Fossile Energieträger verbieten bei gleichzeitiger Strommangel-lage ist Selbstmord

Das eigentliche Ziel der Gletscher-Initiative, Netto-Null bis 2050, ist auch im Klimaschutz-Gesetz enthalten – ohne dass wir heute wissen, ob überhaupt je genügend alternative Energie, das heisst Strom, zur Verfügung steht. Dahinter stehen die gleichen utopischen Versprechungen wie bei der Energiestrategie 2050. Wir verschärfen damit den Strommangel. Zu wenig Strom heisst Chaos, Kälte, Armut, Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust. Diesen volkswirtschaftlichen Totalschaden gilt es per Volksentscheid zu verhindern.

Netto-Null 2050 bedeutet Milliarden-kosten für uns alle

Dieses ideologische Netto-Null-Ziel ist nur mit drastischen Umerziehungsmassnahmen zu erreichen: weniger Autofahren, Verbot von Verbrennungsmotoren und Flugreisen, weniger Fleischverzehr, weniger Heizen, Zwang zu teuren Sanierungsmassnahmen der Gebäude (Isolationspflicht der Fassaden, Dämmungen des Dachs, Umstellungspflicht von Öl- und Gas-Heizungen auf Systeme, die mit Strom betrieben werden...). Berechnungen gehen von mindestens 347 Milliarden Franken aus. Wer bezahlt? Die Steuerzahlenden, Mieterinnen und Mieter, Hauseigentümer, Familien, die Industrie und das Gewerbe – kurz: wir alle.

Netto-Null 2050 zerstört Arbeitsplätze

Alle Unternehmen müssen bis 2050 «Netto-Null» unter Berücksichtigung direkter und indirekter Emissionen aufweisen. Das öffnet Tür und Tor für eine endlose Verschärfung der Energie-Vorschriften gegenüber Unternehmen. Firmen werden ihre Produktion einstellen oder verlagern müssen. Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz gehen verloren.

Hausbesitzer und Mieter verarmen

Man finanziert mit Bundesmitteln den Ausstieg aus Ölheizungen, um dann Wärmepumpen mit Strom aus Gasheizungen zu speisen. Wer soll bei den 1.8 Millionen Ein- und Mehrfamilienhäusern die Isolierungen der Fassaden, Fenster, Dächer bezahlen? Im Schnitt kostet eine solche Renovation 250'000 Franken. Allein unter der Annahme, dass nur 50% der Gebäude renoviert werden müssten, entstehen Kosten von 225 Milliarden Franken. Jemand wird diese Milliarden zahlen müssen: Die Wohneigentümer, Mieter und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Extreme Ziele ohne Realitätssinn

Um die Zielerreichung «Netto-Null» sicherzustellen, sollen sogar die Emissionen von internationalen Flügen und Schifffahrten einbezogen werden. Der Richtwert für die Industrie von 90% CO₂-Reduktion bis 2050 ist enorm hoch. Insbesondere bei der heute unsicheren Verfügbarkeit von alternativen Energiequellen (fehlender Strom).

Werkplatz Schweiz wird aufs Spiel gesetzt

Die Unternehmen, das Gewerbe, die Industrie sind auf fossile Energieträger angewiesen. Hunderttausende Arbeitsplätze sind mit dem Werkplatz Schweiz verbunden. Nun soll mit der Brechstange der Umstieg auf erneuerbare Energien erzwungen werden. Das ist allein schon technisch schwer umsetzbar: das produzierende Gewerbe, der Maschinenbau und die Pharma-Industrie brauchen für wichtige Prozesse viel Energie und hohe Temperaturen, für die besonders fossile Brennstoffe geeignet sind.

Das gefährliche Klimaschutz-Gesetz will eine Reduktion von 90% des CO₂-Ausstosses bei der Industrie. Ein solcher Umbau braucht Zeit, Planung und enorme Investitionen. Dazu kommen die explodierenden Energiepreise. Mit solchen unrealistischen Schreibtisch-Forderungen gefährden wir Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Das heisst Wohlstandsverlust für alle.

Autos mit Verbrennungs- motoren werden verboten

Mit dem neuen gefährlichen «Klimaschutz-Gesetz» wird die Bevölkerung einmal mehr angelogen. Weil man weiss, dass die Bevölkerung einem Verbot des Verbrennungsmotors niemals zustimmen würde, arbeiten Mitte-Links über Richtwerte. Das neue Gesetz sieht verbindliche Absenkpfade und Richtwerte im Verkehr von 100% CO₂-Reduktion bis 2050 vor. Das führt faktisch zu einem Verbot von Benzin- und Dieselaautos sowie von Ölheizungen. Für die Umstellung auf ein elektrisches Auto muss mit mindestens 60'000 Franken gerechnet werden. Wer kann sich das leisten?

Dazu kommen die hohen Kosten der «Betankung»: Woher soll in jedem Haus genügend bezahlbarer Strom kommen, um die Elektroautos zu laden? Gerade über Nacht, wenn die Sonne nicht scheint?

Der Schweizer Finanzplatz wird abgeschafft

Das gefährliche «Klimaschutz-Gesetz» führt auch zur Anpassung der Finanzflüsse. Diese sollen «klimaneutral» werden. Damit werden Investitionen in und Beteiligungen an Unternehmen, welche nicht CO₂ neutral sind, kaum mehr möglich sein. Das ist ein direkter Eingriff in die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz, der so sich international nicht halten kann. Singapur, Hongkong, New York freuen sich.

Steuerzahler bezahlen Utopie von Bundesrätin und Ämtern

Der Bund soll eine «Vorreiter-Rolle» einnehmen. Das gefährliche «Klimaschutz-Gesetz» sieht vor, dass die Bundesverwaltung sogar schon 2040 das Netto-Null-Ziel erreichen soll. Die enormen Kosten für die entsprechenden Massnahmen und Sanierungen werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu berappen haben. Wie üblich fehlt das exakte Preisschild für diese Klima-Utopie der Ämter und Beamten.

Netto-Null 2050 ohne ganzheitliche Betrachtung

Weder auf die wirtschaftliche Entwicklung noch auf die masslose Zuwanderung soll bei der Zielerreichung «Netto Null» Rücksicht genommen werden. Denn der gesamte schweizerische CO₂-Ausstoss beträgt ein Tausendstel [!] der weltweiten CO₂-Emissionen.

Die Schweiz kann das Welt-Klima nicht retten. Sie soll ihren Beitrag leisten, aber dabei nicht den Wohlstand der Bevölkerung opfern und Arbeitsplätze zerstören. Sonst freuen sich Länder wie China, welche ohne solche Vorschriften noch mehr an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen.

Zuwanderung ist Energie-Treiber Nummer 1

Die Schweiz hat schon vieles erreicht: Der Pro-Kopf-Ausstoss von CO₂ konnte in den letzten 10 Jahren um 20 Prozent reduziert werden. Der Stromverbrauch ist pro Kopf seit 2000 um 10,3% gesunken. Aber diese ganzen Bemühungen werden durch die massive Zuwanderung zunichte gemacht: Der Stromverbrauch hat seit 2000 um insgesamt 6,4% Prozent zugenommen.

Es nützt nichts, wenn wir in teure Energieeffizienzmassnahmen investieren und Strom sparen, wenn gleichzeitig die Bevölkerung jährlich im Durchschnitt um 70'000 Personen ansteigt. Allein für das Jahr 2022 rechnet der Bund mit 240'000 Menschen, die zusätzlich in die Schweiz kommen. Die masslose Zuwanderung ist das grosse Tabu in der Energie-Debatte. Die anderen Parteien drangsaliieren die eigene Bevölkerung lieber mit Abgaben und Verboten, statt die Massenzuwanderung endlich zu begrenzen.

Statt den gescheiterten Blindflug fortzusetzen, setzt die SVP auf massvolle Lösungen

**Lösung der SVP: 1. Alles tun für mehr Strom!
2. Pflichtlager in der Schweiz ausbauen!
3. Krisenstab und Strom-General einsetzen⁴**

Kurzfristige Massnahmen:

Zulassung aller Notstrom-Aggregate: Private Unternehmen könnten ihre Notstromaggregate bereits reduziert laufen lassen und damit rund 10% der inländischen Stromproduktion (rund 1000 Megawatt) liefern und damit die drohende Strommangellage abwenden. Dies entspricht der Leistung des Kernkraftwerkes Gösgen!

Es gibt rund 1300 Wasserkraftwerke in der Schweiz. Diese müssen eine erhebliche Menge Wasser ableiten. Diese sogenannte «Restwassermenge» fehlt bei der Stromproduktion. Im Notfall muss der Bundesrat die Gewässerschutzgebung anpassen, um die Restwassermenge zugunsten der Stromproduktion zu reduzieren.

Reservekraftwerke erstellen: Der Bundesrat hat alles daran zu setzen, dass die Gasturbinen rechtzeitig fertiggestellt werden. Reservekraftwerke brauchen Infrastruktur: Grosse Tanklager, Logistik, Versorgung mit Öl. Der Bundesrat hat dafür zu sorgen, dass die nötigen logistischen Vorkehrungen bereits jetzt eingeleitet werden.

Das Verbandsbeschwerderecht ist im Bereich Wasserkraft zu sistieren, bis die Stromversorgung in der Schweiz wieder sichergestellt ist.

Pflichtlager sind aufzufüllen und aufzustocken – insbesondere für die geplanten Reservekraftwerke. Das nötige Benzin/Heizöl/Diesel/Gas für die Reservekraftwerke sind vertraglich abzusichern.

Angesichts der sich anbahnenden Strom-Mangellage ist unverzüglich ein Krisenstab einzusetzen (beispielsweise aus dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz).

Mittelfristige Massnahmen:

- 20 Milliarden Franken müssen jetzt in eine sichere, kostengünstige und unabhängige Energieversorgung investiert werden. Die Investitionen sind für die Sicherung von Winterstrom einzusetzen.
- Weiterbetrieb der bestehenden AKW
- Aufhebung aller Technologieverbote
- Die Mauern von Stauseen sind, wo immer möglich, sofort zu erhöhen
- Die CO₂-Reduktionsziele sind zugunsten einer sicheren und bezahlbaren inländischen Energieversorgung aufzuschieben
- Sofortige Planung und Realisierung von Kernkraftwerken der neuesten Technologie (z.B. Mini-Reaktoren)

5. Die Energiestrategie ist gescheitert!

Dass unser Land auf eine Strom-Katastrophe zusteuert, ist schon länger bekannt, unter anderem durch **Studien der ETH/Empa⁵ und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz⁶**. Eine umfassende Übersicht bietet das Grundlagenpapier «Für eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung»⁷ der SVP Schweiz vom November 2021.

Christoph Mäder, Präsident von economiesuisse, findet deutliche Worte: «Eine Strommangellage wäre ein Desaster: Fehlender oder zu teurer Strom kann zu Energiearmut für Haushalte führen [und] die Wirtschaft nachhaltig schädigen.» Der Wirtschaftsverband fordert klare Prioritäten: «Versorgungssicherheit vor Klimaschutz, dann Natur- und Heimatschutzinteressen»⁸.

André Dosé, Präsident von Swissgas, spricht Klartext: «Diese Krise in der Schweiz ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet. Die Energiestrategie 2050 ist auf Sand gebaut.»⁹

Wirtschaftsprofessor **Tobias Straumann** fordert den Bau neuer Kernkraftwerke: «Es geht nicht anders. Wir brauchen viel mehr Strom. Mit den erneuerbaren Energiequellen allein schaffen wir das nicht. Man hat in der Geschichte nie auf einen zuverlässigen Energieträger verzichtet, ohne dass man wusste, wie man ihn ersetzt. Dass man das nun tun will, ist ein Fehler.»¹⁰

Die SVP forderte bereits im Januar 2022 – vor dem Ukraine-Krieg! – die Einsetzung eines Strom-Generals mit dem Auftrag, Varianten für eine sichere, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung auszuarbeiten. Bundesrat, Wirtschaftsverbände, FDP und Mitte verweigerten ein gemeinsames Vorgehen.

6. Falsche Versprechen von Mitte-Links

Die Ursache der Strom-Krise liegt in einer ideologischen links-grünen Politik namens «Energiestrategie 2050», die bis heute leider von der FDP und Mitte mitgetragen wird. Die sogenannte «Energiewende» stützt sich auf völlig realitätsfremde Annahmen.

⁵ Dass die Energiestrategie nicht aufgehen kann, bestätigt eine am 1. Februar 2022 publizierte Empa-Studie. Der Leiter des verantwortlichen Forschungsinstituts lässt sich zitieren mit: «Wir müssen uns also von der Vorstellung verabschieden, dass wir unseren gesamten Energiebedarf mit im Inland erzeugter, erneuerbarer Energie decken können».

⁶ <https://www.babs.admin.ch/de/home.detail.nsb.html/81359.html>

⁷ <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/2021-Positionspapier-Energie-und-Umwelt-DE.pdf>

⁸ Medienmitteilung vom 30. März 2022

⁹ Das vollständige Zitat: «Diese Krise in der Schweiz ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet. Die Energiestrategie 2050 ist auf Sand gebaut. Man ging davon aus, dass es kein Bevölkerungswachstum gibt, die Bevölkerung den Stromverbrauch reduziert. Ebenso war bei der Abstimmung die Elektromobilität nicht in den Szenarien enthalten. Es handelte sich um eine Träumerei, die so oder so nie funktioniert hätte. Der Ukraine-Krieg zwingt uns nun auf dramatische Weise umzudenken.» NZZ, 7. Juli 2022

¹⁰ Schweiz am Wochenende, 16. Juli 2022

Die Nationalratsdebatte zur Energiestrategie 2014 zeigt, wie die damalige **Bundesrätin Doris Leuthard (CVP/Mitte) mit falschen und verantwortungslosen Versprechungen** operierte¹¹:

«Erstens ist die Versorgungssicherheit nicht infrage gestellt.»

«Unsicherheit gibt es insofern nicht, als man in allen europäischen Staaten in den nächsten zwanzig Jahren eine genügende Stromproduktion haben wird.»

Unwahre Aussagen mit schwerwiegenden Folgen:

1. Die Versorgungssicherheit der Schweiz ist voraussichtlich schon in diesem Winter nicht mehr gewährleistet. Die Ziele und Versprechen der «Energiestrategie» sind kolossal gescheitert.
2. Die europäischen Staaten haben selber ein Stromversorgungsproblem und reden schon von Rationierung. Es ist völlig naiv zu glauben, dass Deutschland oder ein anderer Staat Strom in die Schweiz liefert, wenn er selber zu wenig hat.
3. Das Kernkraftwerk Mühleberg mit über 3 TWh Leistung wurde 2019 völlig fahrlässig und überstürzt abgestellt. Die fehlenden 3 TWh sind allein der Mehrbedarf an Energie, der die masslose Zuwanderung der letzten zwanzig Jahre ausgelöst hat.

Die Bevölkerung wurde mit falschen Versprechungen an der Nase herumgeführt. Nun soll mit dem gefährlichen neuen «Klimaschutz-Gesetz», das korrekterweise Stromfresser-Gesetz heissen müsste, das Gleiche gemacht werden.

SVP warnte als einzige Partei vor den dramatischen Folgen des Energiegesetzes.

Bundesrätin Doris Leuthard versprach 2017, das neue Energie-Gesetz bedeute **bloss 40 Franken Mehrkosten pro Haushalt und Jahr.**

Als einzige Partei bekämpfte die SVP das Energiegesetz als viel zu teuer und nicht realisierbar. Nun zeigt sich drastisch, dass die ideologische Umstellung auf erneuerbare Energien nicht funktioniert. Die Verknappung der Energie führt zu massiv höheren Preisen. Das betrifft auch die Strompreise. Damit verteuert sich das ganze Leben: Mobilität, Heizen, Nebenkosten, Mieten, Güter, Ferien, Lebensmittel, Transporte, Güter.

¹¹ Debatte im Nationalrat vom 1. Dezember 2014



Die anderen Parteien machten sich 2017 über das kalt-duschen-Plakat der SVP lustig. Bundesrätin Leuthard sagte, die Argumente und Zahlen der SVP seien «hanebüchen»¹². Heute lacht niemand mehr.

7. Wie Bundesrätin Sommaruga den energiepolitischen Blindflug fortsetzt

Obwohl die Schweizer Bevölkerung das CO₂-Gesetz abgelehnt hat und die Energiestrategie 2050 offensichtlich gescheitert ist, setzt Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Politik ihrer Vorgängerin unbeirrt fort. Ideologie statt Fakten.

Die von alt Bundesrätin Doris Leuthard initiierte und von Bundesrätin Simonetta Sommaruga weitergeführte Energiestrategie 2050 macht die Schweiz zum Strom-Importland und entsprechend verwundbar, wenn andere Länder selbst nicht genügend Strom haben.

Für die Schweiz bedeutet die sogenannte «Energiewende» eine Abkehr der erfolgreichen Energiepolitik gemäss Verfassung. Der Auftrag wäre, die Versorgung «breit gefächert», «sicher» sowie «umweltfreundlich» und «wirtschaftlich», also kostengünstig sicherzustellen.

Diese Grundsätze haben einen wesentlichen Anteil daran, dass die Schweiz zu einem der reichsten und wettbewerbsfähigsten Länder der Welt geworden ist. Weil die Energieversorgung untrennbar mit dem Wohlstand unseres Landes verknüpft ist, ist der Angriff gegen unsere bewährte Energieversorgung unweigerlich ein **Angriff auf den Wohlstand der Schweiz**. Geopfert wurde durch die «Energiewende» die Kernenergie, die zusammen mit der Wasserkraft das Rückgrat einer funktionierenden, krisenresistenten und sicheren Stromversorgung war.

¹² Aargauer Zeitung, 30. März 2017

Ausgerechnet die Kernenergie, die pro Kilowattstunde Leistung den tiefsten CO₂-Ausstoss aufweist und den meisten Winterstrom zuverlässig und kostengünstig produziert.

Als UVEK-Vorsteherin wäre Bundesrätin Sommaruga also gemäss Verfassung dafür verantwortlich, eine ausreichende, günstige und sichere Energieversorgung für unser Land zu garantieren. **Statt ihrem Auftrag nachzukommen, lenkt sie mit peinlichen Spardebatten («zu zweit duschen») ab.** Sie glaubt immer noch daran, dass irgendwelche Abkommen mit der EU oder Staaten wie Deutschland unser Strom-Problem lösen könnten. Dabei haben diese Staaten selber eine Energiekrise und schauen zuerst für sich.

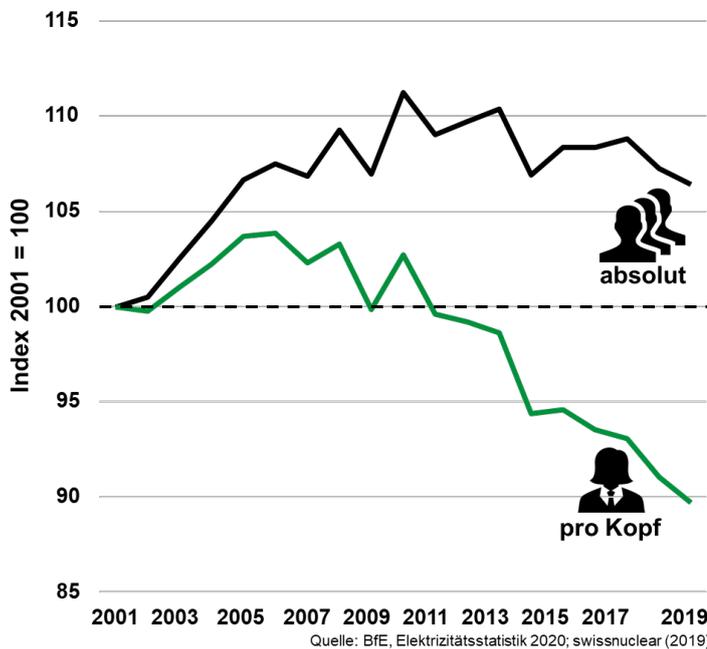
Die SVP Schweiz hat schon im Januar 2022 die Bundesrätin aufgefordert, unverzüglich einen Strom-General einzusetzen. Sein Auftrag: Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung auszuarbeiten. Für diese Aufgabe braucht es Personen mit Durchsetzungskraft und Erfahrung darin, weitreichende, komplexe Entscheidungen zu fällen.

8. Masslose Zuwanderung verschärft Stromkrise

Die Schweiz hat eigentlich schon viel erreicht: Der Pro-Kopf-Verbrauch von Strom ist seit 2001 um 10,3 Prozent gesunken. Auch die Industrie hat ihren Verbrauch gesenkt: um 5,9 Prozent. Trotzdem ist der Strombedarf insgesamt gestiegen. Dafür gibt es einen entscheidenden Grund: Die massive Zuwanderung. In den letzten 20 Jahren sind rund 1,2 Millionen Menschen zusätzlich in die Schweiz eingewandert. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben usw.

Alles, was die Schweizer Bevölkerung einspart, wird durch die masslose Zuwanderung zunichte gemacht. **Jeder Zuwanderer ist auch ein Stromfresser.** Auch das gefährliche Klimaschutz-Gesetz ignoriert die Zuwanderung. Es werden Ziele und Forderungen aufgestellt, die keine Rücksicht nehmen auf das massive Bevölkerungswachstum. **Das Perfide daran: Man bestraft die eigene Bevölkerung mit Abgaben, Verboten und Sparzwang – aber der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Energieverbrauch wird totgeschwiegen.**

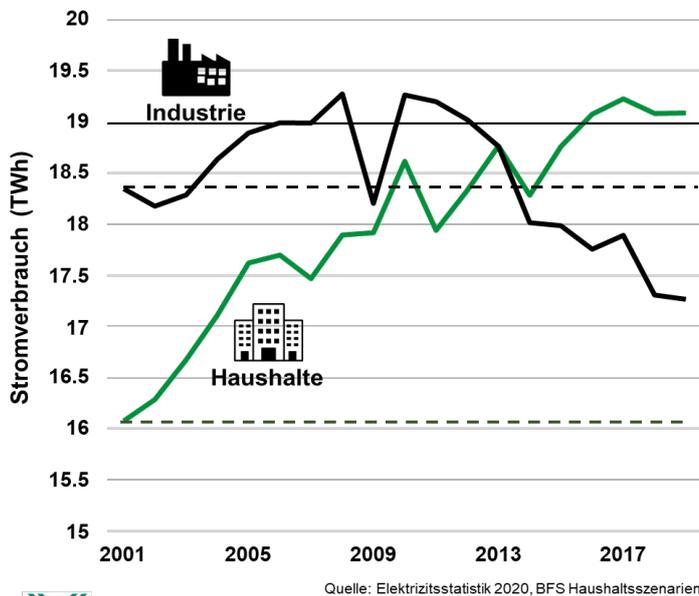
Strom und Nettozuwanderung



Seit 2001 bis 2019:

-  **~ 10.3% Reduktion pro Kopf** 
-  **~ 6.4% Zunahme absolut** 
-  **+ 1.4 Millionen**
-  **+ 9 TWh Strombedarf**
(bei pro-Kopf Verbrauch 2019)
-  **entspricht ca. Produktion AKW Gösgen (7.8 TWh)**

Strom: Industrie vs. Haushalte



2001 vs 2019:

-  **6% Reduktion**
-  **19% Zunahme**
-  **+1.4 Millionen**
-  **ca. 700'000 Haushalte mehr**

 **Bevölkerungswachstum ist Haupttreiber des Strommehrbedarfs**

9. Das Wichtigste in Kürze

Das gefährliche neue «Klimaschutz-Gesetz» führt zum Verbot von Heizöl, Benzin, Diesel und Gas. Heizen und Autofahren sollen nur noch elektrisch möglich sein. Die Elektrifizierung der Autos und Heizungen erzeugt einen massiven Strom-Mehrbedarf. Hinzu kommt die masslose Zuwanderung. **Solange Strom nicht ausreichend und kostengünstig gespeichert werden kann, ist es schlicht nicht möglich, auf fossile Energieträger oder Kernenergie zu verzichten.** Ausser man will die Wirtschaft und die Gesellschaft an die Wand fahren.

Noch weniger Strom: Das gefährliche «Klimaschutz-Gesetz» ist in Wahrheit ein Stromfresser-Gesetz. Heizöl, Benzin, Diesel und Gas sollen verboten werden. Das Resultat: Der Stromverbrauch steigt massiv. Denn Heizen und Auto fahren wären nur noch elektrisch möglich. Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben!

Explodierende Strompreise: Das gefährliche «Klimaschutz-Gesetz» vervielfacht den Stromverbrauch bis 2050. Die Preise explodieren angesichts der steigenden Nachfrage und der künstlichen Verknappung weiter. Genügend Strom wird zum Luxus für Reiche! Die Folgen: Die Industrie muss ihre Produktion ins Ausland verlegen. Das heisst Arbeitslosigkeit, Verarmung und soziale Unruhen.

Ausstieg ohne Plan: Mitte-Links will bis 2050 die fossilen Energieträger Heizöl, Benzin, Diesel und Gas verbieten, um «Netto Null» zu erreichen. Ohne einen Plan zu haben, wie gleichzeitig genügend bezahlbarer und unabhängiger Strom für uns alle produziert werden kann.

347 Milliarden Kosten: Der geplante Umbau der Energieversorgung führt zu geschätzten Kosten von 347 Milliarden Franken – mindestens! Bezahlen müssen die Hausbesitzer und Mieter, die Auto-, Lastwagen- und Töff-Fahrer, die Familien, Gewerbler – kurz wir alle! Die verantwortungslosen Utopien von Mitte-Links kosten Hunderte Milliarden – auch dann noch, wenn die verantwortlichen Politiker längst nicht mehr im Amt sind!

Umerziehungsmassnahmen: Das gefährliche «Klimaschutz-Gesetz» lässt sich nur mit extremsten Umerziehungsmassnahmen umsetzen: Verbot von Flugreisen, Einschränkung des Fleischkonsums, Verbot von Öl- und Gasheizungen, Verbot von Diesel- und Benzinfahrzeugen und Zwang zum teuren Einbau von Solaranlagen. Das Volk hat dazu nichts mehr zu sagen!

Undemokratische Vollmachten: Das neue gefährliche «Klimaschutz-Gesetz» erteilt dem Bundesrat eine Generalvollmacht. Das heisst, er kann im Alleingang Vorschriften zum Erreichen von «Netto Null» bis 2050 erlassen. Zum Beispiel Vorschriften für die Dämmung von Fassaden und Dächern alter Häuser oder Zwangsverordnungen für die Ausrüstung aller Hausdächer mit Solaranlagen. Oder das Verbot von Diesel- und Benzin-Motoren. Damit wird der Föderalismus ausgehebelt, die direkte Demokratie wird übergangen. **Wir alle haben nichts mehr zu sagen!**

Unterstützung Referendum: Nein zum Stromfresser-Gesetz